

A-01 Gemeinsam solidarisch: Gegen Rassismus und für eine vielfältige Gesellschaft

Gremium: Präsidium

Beschlussdatum: 28.04.2023

Tagesordnungspunkt: TOP 2 "Gemeinsam solidarisch: Gegen Rassismus und für eine vielfältige Gesellschaft"

Antragstext

1 In einem Jahr wird in der Europäischen Union gewählt. Wie wird die Zukunft Europas
2 ausgestaltet werden? Wird die wehrhafte und vielfältige Demokratie verteidigt und die Rechte
3 von diskriminierten Gruppen gestärkt? Oder werden rechte Kräfte immer mehr an Macht gewinnen
4 und unser aller Leben in Freiheit gefährden?

5 Die massiven Zugewinne der Rechtsaußen Partei in Finnland, der Wahlsieg der Rechten in
6 Italien und Schweden, die diskriminierende Politik von Viktor Orban in Ungarn und der PiS-
7 Partei in Polen zeigen, wie sehr die europäische Demokratie unter Druck steht. Wir sehen,
8 wie Frauen, queere Menschen, Schwarze Menschen und People of Colour, Sinti*zze und Rom*nja,
9 jüdische und muslimische Menschen erneut zum Feindbild und zur Bedrohung erklärt und ihrer
10 Rechte beraubt werden.

11 Als Europäer*innen müssen wir uns alle unserer Verantwortung für ein soziales, gerechtes und
12 diskriminierungsfreies Europa bewusst sein. Wer mit dem Bedienen von rechten und
13 rassistischen Narrativen zu punkten versucht, stärkt autoritäre Kräfte und schwächt die
14 Demokratie in Deutschland und in Europa. Wer als Antwort auf gesellschaftliche Probleme und
15 Krisen die Abschottung nach außen vorschlägt, bedroht das europäische Projekt.

16 Auch in Deutschland erleben wir eine immer weitere Verschiebung des Sagbaren,
17 pauschalisierende und diskriminierende Aussagen über Menschen und vermeintliche Gruppen, die
18 die Ausgrenzung und Gewalt gegen sie befeuern. Wir wissen, was es bedeutet, wenn Menschen zu
19 "Anderen" gemacht werden und stellen uns einer solchen Rhetorik entschieden entgegen. Denn
20 klar ist: Wenn wir unsere Demokratie nicht verteidigen, ist das Leben aller in Freiheit und
21 Sicherheit gefährdet.

22 **Unsere Gesellschaft ist vielfältig**

23 In Deutschland leben viele Menschen mit diversen Perspektiven, Geschichten, Erfahrungen und
24 Identitäten zusammen. 22,3 Millionen in Deutschland lebende Menschen und inzwischen fast
25 jedes zweite Kind unter zehn Jahren hat einen sogenannten Migrationshintergrund. Sie alle
26 sind Teil unserer Einwanderungsgesellschaft und es ist unsere Aufgabe als Gesellschaft,
27 allen Menschen ein diskriminierungsfreies Leben und Teilhabe zu ermöglichen.- Denn erst dann
28 ist das Versprechen der Demokratie vollkommen.

29 Rassismus trifft nicht alle, aber er geht uns alle an. Noch immer ist Rassismus brutale
30 Wirklichkeit in unserem Land. Die Anschläge in Hanau und Halle, München, Solingen, Mölln,
31 Rostock-Lichtenhagen, die Taten des NSU, der Mord an Walter Lübcke – wir wissen, dass aus
32 diskriminierenden Worten Taten werden. Wenn Menschen ausgeschlossen und angefeindet werden,
33 dann ist es unser aller Aufgabe, an ihrer Seite zu stehen und unmissverständlich deutlich zu

34 machen, dass der Kampf gegen Rassismus, Sexismus, Antisemitismus, Muslimfeindlichkeit,
35 Rassismus gegen Sinti*zze und Rom*nja, Anti-Schwarzen Rassismus, Behinderten- und
36 Queerfeindlichkeit niemals verhandelbar sein wird.

37 Aber Rassismus beginnt nicht erst bei Gewalt und Terror. Er beginnt dort, wo Menschen
38 Zugänge verweigert werden und sie zu „Anderen“ gemacht werden. Laut einer repräsentativen
39 Studie des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung haben 22 % der
40 Gesamtbevölkerung bereits Rassismus erfahren. Die Erfahrungen reichen von gewalttätigen
41 Angriffen bis zu Diskriminierung im Alltag – wie zum Beispiel in der Schule, in der
42 Arztpraxis oder bei der Wohnungssuche. In einer vielfältigen Gesellschaft müssen wir
43 sicherstellen, dass alle Menschen den gleichen Zugang zu Teilhabe und Mitbestimmung haben.

44 **Soziale Gerechtigkeit und wirtschaftlichen Wohlstand sichern**

45 Erst, wenn alle Menschen Zugang zu diskriminierungsfreier Bildung, Arbeit,
46 Gesundheitsversorgung, Pflege, Kultur, Wohnen, Mobilität und politischer Teilhabe haben,
47 können alle Menschen selbstbestimmt ihr Leben in unserer Gesellschaft gestalten - erst dann
48 leben wir in einer gleichberechtigten Gesellschaft. Deshalb ist die Frage der sozialen
49 Gerechtigkeit eines der zentralen Themen unserer Zeit.

50 Die vermeintlich einfachen Lösungen, die von rechten und konservativen Akteur*innen
51 präsentiert werden, manifestieren die sozialen Ungerechtigkeiten in unserer Gesellschaft.
52 Anstatt diskriminierende und rassistische Strukturen abzubauen, um Chancengerechtigkeit und
53 Teilhabe zu ermöglichen, wird die Ausgrenzung von diskriminierten Menschen legitimiert und
54 verfestigt. Dem stellen wir uns mit einer konsequenten Politik entgegen, die die
55 Lebensrealitäten aller Menschen ins Zentrum unseres Handelns stellt und die Diversität der
56 Gesellschaft widerspiegelt.

57 Die Politik rechter und autoritärer Akteur*innen gefährdet aber nicht nur den Zusammenhalt
58 unserer Gesellschaft, sondern erstickt auch ihr Potenzial für die Zukunft. Eine Politik, die
59 auf Chancengerechtigkeit, Vielfaltsförderung und Antidiskriminierung setzt, schafft eine
60 resiliente, menschenrechtskonforme und wirtschaftlich stabile Gesellschaft.

61 Denn nicht nur Deutschland ist auf die Einwanderung von Fachkräften angewiesen. Um unseren
62 gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wohlstand auch in den kommenden Jahren zu sichern,
63 müssen wir deshalb unser Einwanderungsrecht grundlegend modernisieren. So zeigt zum Beispiel
64 eine Studie der Bertelsmann-Stiftung, dass ein hoher Bürokratieaufwand, eine restriktive
65 Einbürgerungspraxis, aber auch der Umgang mit Diversität qualifizierte Fachkräfte vom Zuzug
66 nach Deutschland abhält.

67 Anstatt auf Abschottung und Ausgrenzung zu setzen, werden wir Migrant*innen das Ankommen
68 erleichtern, indem wir Einwanderung familienfreundlich und transparent gestalten,
69 bürokratische Hürden abbauen sowie eine Ankommens- und Willkommenskultur nachhaltig fördern.

70 Als Regierungspartei sind wir dafür schon viele wichtige Schritte gegangen. So trägt die
71 Reform des Staatsbürgerschaftsrechtes und die Ermöglichung der doppelten Staatsbürgerschaft
72 den Realitäten der Einwanderungsgesellschaft Rechnung. Wer hier dauerhaft lebt, wird nach
73 fünf Jahren und bei besonderen Integrationsleistungen bereits nach drei Jahren auch
74 mitbestimmen, wählen und das gesellschaftliche Zusammenleben gleichberechtigt mitgestalten
75 können. Nicht zuletzt stärken wir damit auch unsere Demokratie. Und wir tragen endlich der
76 Lebensleistung der ersten Generation, die im Rahmen der Anwerbeabkommen nach Ost- und
77 Westdeutschland gekommen sind, Rechnung, in dem wir ihre Einbürgerung erleichtern. Denn sie
78 haben unser gemeinsames Land mit aufgebaut und wurden dennoch seitens der Politik über
79 Jahrzehnte vernachlässigt.

80 **Starkes Recht gegen Diskriminierung**

81 Als GRÜNE ist für uns schon lange klar, dass wir die vielfältige Gesellschaft gestalten
82 wollen. Um den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu stärken, ist es unerlässlich, den
83 Schutz vor Diskriminierung und die Förderung von Vielfalt zu stärken. Es ist wichtig, dass
84 sich Menschen, die von Diskriminierung betroffen sind, auch mit rechtlichen Mitteln effektiv
85 wehren können. Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) soll vor Diskriminierung
86 schützen. Leider gibt es aber rechtliche Lücken, durch die Betroffene sich nicht ausreichend
87 gegen Diskriminierung wehren können. Das wollen wir endlich ändern! Die Ampel-Regierung hat
88 sich vorgenommen, das AGG zu überarbeiten, Schutzlücken zu schließen und den
89 Anwendungsbereich auszuweiten.

90 Dazu sind wir bereits einen ersten wichtigen Schritt gegangen: Nach Jahren ohne Leitung,
91 wird die Antidiskriminierungsstelle des Bundes endlich aufgewertet und ihre Leitung nun von
92 Ferda Ataman übernommen. Außerdem hat die Bundesregierung mit Reem Alabali-Radovan erstmals
93 eine Beauftragte für Anti-Rassismus benannt, ebenso mit Dr. Mehmet Daimagüler erstmals einen
94 Beauftragten gegen Antiziganismus berufen. Weiterhin gilt es die zentralen Empfehlungen der
95 Unabhängigen Kommission Antiziganismus umzusetzen und endlich einen Staatsvertrag mit den
96 Vertreter*innen der Minderheit der Sinti*zze und Rom*nja auf Bundesebene zu schließen.

97 Und wir wollen endlich, dass die Teilhabe aller hier lebenden Menschen mit einem
98 Bundespartizipationsgesetz gesichert und aktiv gefördert wird. Wichtige politische
99 Entscheidungen sollen nicht über die Menschen, sondern mit und von ihnen getroffen werden.
100 Deshalb wollen wir eine Partizipationsrat einführen, der dabei maßgeblich berät.

101 **Strukturen diskriminierungssensibel gestalten**

102 Wir wollen, dass sich alle gesellschaftlichen Bereiche für die unterschiedlichen Erfahrungen
103 und Perspektiven öffnen. Denn um diese Gesellschaft nachhaltig zu gestalten, müssen alle
104 Menschen die Möglichkeit haben, sich in allen gesellschaftlichen Bereichen engagieren zu
105 können. Doch wir sehen, dass Menschen mit Rassismuserfahrungen in der Politik noch deutlich
106 unterrepräsentiert sind. Das gilt auch für unsere Partei.

107 Rassismus manifestiert sich nicht nur im Handeln autoritärer und rechter Politiker*innen.
108 Rassistische Denkweisen und Strukturen finden sich überall in unserer Gesellschaft - in
109 staatlichen Institutionen, Gesetzen und Politik. Wir setzen daher auf antirassistische
110 Instrumente zum Abbau von systemischer Diskriminierung und Rassismus.

111 Durch unser Vielfaltsstatut haben wir ein starkes Instrument, um Rassismus in unserer Partei
112 zu bekämpfen und marginalisierte Gruppen zu stärken. Indem wir die Vielfalt der Stimmen im
113 Meinungsbildungsprozess und bei der Entscheidungsfindung erweitern, können wir
114 sicherstellen, dass unsere Politik die Bedürfnisse und Erfahrungen aller Mitglieder der
115 Partei und Gesellschaft, einschließlich derer, die von Rassismus betroffen sind,
116 widerspiegelt.

117 Hierbei spielen insbesondere Selbstvertretungen und Empowerment-Netzwerke wie BuntGrün eine
118 besondere Rolle. Sie gestalten geschützte Räume für Menschen mit Rassismuserfahrungen, und
119 empowern sie, um politische Verantwortung bei uns zu übernehmen. Sie schaffen wertvolle
120 Netzwerke und weisen nicht zuletzt immer wieder auf diskriminierende Strukturen hin und
121 bringen ihre Perspektive in den Meinungsbildungsprozess, die programmatische Ausrichtung und
122 Entscheidungsfindung ein.

123 Als Diversitätsrat wollen wir gemeinsam Wege aufzeigen, wie die diskriminierungssensible und
124 rassismuskritische Gestaltung unserer Partei gelingen kann. Dazu ist ein Bündel an Maßnahmen
125 notwendig:

- 126 1. Wir wollen das Wissen über Diskriminierung und Rassismus auf allen Ebenen der Partei
127 verankern. Diesen Auftrag gibt uns nicht zuletzt das Vielfaltsstatut. Ein Baustein

128 dafür ist die Ausbildung unserer Parteimitglieder zu Diversitytrainer*innen, die als
129 Multiplikator*innen das Wissen über Diskriminierung und Maßnahmen zur effektiven
130 Umsetzung des Vielfaltsstatuts vor Ort weitergeben können. Dieses Programm wollen wir
131 verstetigen.

132
133 Zusätzlich soll der Bundesverband insbesondere für Bundes-, Landes- und
134 Kreisvorstände, Landesgeschäftsführer*innen und BAG-Sprecher*innen ein Angebot für
135 unterschiedliche Weiterbildungen, wie Trainings in Inclusive Leadership und
136 rassismuskritischer Arbeit vor Ort, sowie zur Auseinandersetzung mit Privilegien und
137 Allyship machen.

138
139 Auch die vielfaltspolitischen Sprecher*innen des Bundes und der Länder sollen
140 regelmäßig Angebote zur Weiterbildung und Supervision wahrnehmen.

141
142 Die Angebote werden aus dem Vielfaltscent teilfinanziert.

- 143 2. Wir wollen die Kreisvorstände und Akteur*innen vor Ort mit gezielten Infomaterialien
144 bei der Umsetzung des Vielfaltsstatuts unterstützen. Deshalb soll eine Broschüre mit
145 praktischen Tipps zur Umsetzung des Statuts vor Ort erarbeitet werden. Die Broschüre
146 soll auch Wege aufzeigen, um mit diskriminierenden und rassistischen Vorfällen vor Ort
147 umzugehen und Betroffene besser zu unterstützen, sowie Anregungen und Empfehlungen zur
148 diskriminierungs- und rassismuskritischen Arbeit vor Ort geben.

- 149 3. Wir wollen Empowerment-Netzwerke wie BuntGrün unterstützen. Dafür soll der
150 Bundesverband für die Mitglieder von Bunt-Grün u.a. Angebote für unterschiedliche
151 Weiterbildungen, wie spezielle Trainings in Leadership für Menschen mit
152 Rassismuserfahrungen, sowie Workshops für Empowerment, Ausdrucksstärke und Selbstkraft
153 sowie Rhetorik und Umgang mit rassistischen Drohungen machen.

154
155 Politisch Aktive, die von Diskriminierung betroffen sind, sind besonders häufig
156 Anfeindungen und Drohungen ausgesetzt. Als Partei dürfen wir sie damit nicht alleine
157 lassen. Deshalb benötigt es Aufklärung über Hilfs- und Beratungsangebote und
158 unterstützende Parteistrukturen.

159
160 Um die Vernetzung von Personen mit Migrationsgeschichte und Rassismuserfahrungen
161 breiter und in allen Landesverbänden zu ermöglichen, wollen wir in einem ersten
162 Schritt ein Netzwerktreffen für Menschen mit Rassismuserfahrungen auf der BDK 2023
163 anbieten. Dies knüpft an die kontinuierlich geleistete Arbeit von BuntGrün an, die
164 diese Räume in der Vergangenheit bereits bereitgestellt haben. Wir wollen außerdem die
165 Landesverbände ermutigen, ähnliche Treffen anzubieten und die Gründung von ähnlichen
166 Netzwerken zu unterstützen, zu stärken und die dafür notwendigen Ressourcen zur
167 Verfügung zu stellen.

168
169 Gemeinsam mit den Landesverbänden und BuntGrün wird der Bundesverband darüber beraten,
170 wie das Netzwerk strukturell und finanziell unterstützt werden kann, so dass auch die
171 Wahl der Delegierten zum Diversitätsrat erfolgen kann. Dafür wird ein Auftakttreffen
172 der Sprecher*innen von BuntGrün, der vielfaltspolitischen Sprecher*innen und der
173 Vielfaltsreferent*innen organisiert und finanziert.

174
175 Die*Der vielfaltspolitische Sprecher*in trifft sich mindestens viermal im Jahr zum
176 Austausch mit den BuntGrün-Netzwerken, um über aktuelle Herausforderungen und die
177 Weiterentwicklung unserer rassismuskritischen und vielfaltsfördernden Arbeit zu

- 178 beraten.
- 179 4. Bisher sieht das Vielfaltsstatut eine Vertretung des BuntGrün-Netzwerkes Berlin im
180 Diversitätsrat vor. Durch die Neugründung weiterer Netzwerke in anderen
181 Landesverbänden ist es notwendig, diese auch im Diversitätsrat zu repräsentieren. Das
182 Präsidium des Diversitätsrates wird deshalb zur BDK 2023 eine Satzungsänderung
183 vorschlagen, die vorsieht, dass das bundesweite Netzwerk von BuntGrün zwei Delegierte
184 in den Diversitätsrat entsendet.
- 185 5. In unserem Vielfaltsstatut geben wir uns die Aufgabe, Diskriminierungsfälle innerhalb
186 grüner Strukturen aktiv zu bearbeiten und Betroffene vor Diskriminierung und Rassismus
187 zu schützen. Hierfür benötigt es Strukturen, die eine Bearbeitung von
188 Diskriminierungsfällen auf allen Ebenen der Partei gewährleistet. Mit der Ombudsstelle
189 bei Fällen von sexualisierter Gewalt gibt es bereits eine Struktur, die dies
190 ermöglicht. Wir erkennen aber auch, dass es bei Diskriminierungsfällen anderer Art
191 eine Leerstelle gibt, und sich Betroffene häufig alleingelassen fühlen. Deshalb soll
192 eine Taskforce unter Beteiligung von Betroffenen, Expert*innen und hauptamtlich
193 Beschäftigten der Partei bis zum ersten Quartal 2024 Empfehlungen für den Aufbau einer
194 Struktur machen, die die effektive Bearbeitung von Diskriminierungsfällen
195 gewährleistet.
- 196 6. Auf Grundlage der Ergebnisse der Vielfaltserhebung 2023 wird der Diversitätsrat die
197 Umsetzung des Vielfaltsstatuts evaluieren und die weiteren Maßnahmen gemäß §2 Abs. 1
198 des Vielfaltsstatuts diskutieren.